

01.09.2004

Erika Coché, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion,
Angelika Esch, Kandidatin für den Rat der Stadt Bonn,
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie um die Zusendung gebeten haben oder weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Newsletter haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt

- 1. Familienorientierte Personalpolitik liegt im Trend**
 - 2. Zügige und individuelle Hilfe bei Schwangerschaft**
 - 3. Hürden für Medizinerinnen zwischen Promotion und Habilitation**
 - 4. Frauen verdienen jährlich 9000 Euro weniger als Männer**
 - 5. Frauen mit Behinderungen erhalten Recht auf weibliche Pflege**
 - 6. Kommunalwahl 26. September 2004**
 - 7. EU-Kommission zukünftig mit 8 Kommissarinnen**
 - 8. Bundesministerin Renate Schmidt: Umsetzung des Urteils zu Pflegebeiträgen nicht gefährden**
 - 9. Zum 10. Jahrestag: Bericht über Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995**
 - 10. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien des Sports überfällig**
 - 11. Hinweise**
-

1. Familienorientierte Personalpolitik liegt im Trend

Die Broschüre „Familienorientierte Personalpolitik. Checkheft für kleine und mittlere Unternehmen“ erscheint auf Grund der hohen Nachfrage in der 2. Auflage.

Viele Unternehmen haben die Chancen einer familienbewussten Unternehmenskultur bereits erkannt und nutzen sie zu ihrem Vorteil und zum Vorteil ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Doch besonders kleine und mittlere Betriebe ohne Kapazitäten für aufwändige Informationsbeschaffung und teure Beratungsprozesse wissen oft nicht, wie sie ihren Beschäftigten mit schnellen und einfachen Lösungen die Balance zwischen Familie und Berufsleben erleichtern können. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb ein Checkheft "Familienorientierte Personalpolitik" entwickelt.

Das Checkheft wurde vom Bundesministerium gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag und mit Unterstützung der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung entwickelt. Sie gibt praxisnahe Empfehlungen für mehr Familienfreundlichkeit im Betrieb und bietet neben einer Auswahl leicht umsetzbarer familienfreundlicher Maßnahmen in den Bereichen „Zeit- und Arbeitsablaufmanagement“, „Unternehmenskultur“ und „Familienservice“ zahlreiche Beispiele mittlerer und kleiner Unternehmen, die bereits gute Erfahrungen mit einer familienbewussten Personalpolitik gemacht haben. Zudem finden sich nützliche Literaturtipps, Adressen und Internet-Links zur weiterführenden Information zu diesem Thema.

Das Checkheft "Familienorientierte Personalpolitik" kann heruntergeladen werden unter:

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=17296.html> .

2. Zügige und individuelle Hilfe bei Schwangerschaft

Vor 20 Jahren wurde die Bundesstiftung Mutter und Kind gegründet.

Schwangere Mädchen und Frauen brauchen bei der Entscheidung für ein Kind oft schnelle und unbürokratische Hilfe. Damit die Schwangerschaft sie nicht in eine finanzielle Notlage bringt, ist vor zwanzig Jahren - am 15. Juli 1984 - die Bundesstiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" per Gesetz ins Leben gerufen worden. Ziel der Stiftung ist die direkte und unproblematische materielle Hilfe für Frauen, um ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu erleichtern. Jedes schwangere Mädchen und jede schwangere Frau soll die bestmögliche Unterstützung bekommen, damit ihnen die Entscheidung für ein Kind leichter gemacht wird. Rund 150.000 Frauen pro Jahr - etwa jede fünfte schwangere Frau - erhalten finanzielle Unterstützung durch die Bundesstiftung für die Erstausrüstung und Betreuung des Kleinkinds sowie für den Haushalt und die Wohnung. Der durchschnittliche Zuschuss lag im Jahr 2003 in den alten Bundesländern bei ca. 850 Euro, in den neuen Bundesländern bei ca. 560 Euro. In Einzelfällen wird eine längere Unterstützung gewährt, die bis zum dritten Lebensjahr des Kindes dauern kann. Für die Bundesstiftung werden jährlich 92 Millionen Euro bereitgestellt.

Weitere Informationen erhalten Sie in dem Informationsblatt "Bundesstiftung Mutter und Kind" <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/Publikationen/Publikationen,did=19246.html>,

3. Hürden für Medizinerinnen zwischen Promotion und Habilitation

Die Unterrepräsentanz von Medizinerinnen in Führungspositionen stufen die WissenschaftsministerInnen von Bund und Ländern trotz des kontinuierlich gestiegenen Frauenanteils in der Wissenschaft weiter als kritisch ein. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung dieser Situation gegeben. Der Bericht liegt als Heft 117 in der BLK-Reihe "Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung" vor. Er steht auch als Download unter www.blk-bonn.de zur Verfügung.

4. Frauen verdienen jährlich 9000 Euro weniger als Männer

Frauen haben 2003 im Schnitt 9000 Euro weniger verdient als Männer. Dieses Ergebnis hat das Statistische Bundesamt am 15. Juli für das Produzierende Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungswesen bekannt gegeben. In diesen Wirtschaftsbereichen erhielten vollzeitbeschäftigte Frauen im Durchschnitt 32.335 Euro brutto während die Männer mit 41.014 Euro nach Hause gingen.

5. Frauen mit Behinderungen erhalten Recht auf weibliche Pflege

Ab dem 1. Juli haben Behinderte die Möglichkeit, ein persönliches Budget auf ihr Konto überweisen zu lassen. Mit diesem Geld können sie selbst als ArbeitgeberIn auftreten und Assistenzkräfte, die ihnen bei der Körperpflege oder im Haushalt helfen, einstellen. Dies ist besonders für die Frauen interessant, die sich nur von Assistentinnen pflegen lassen möchten.

6. Kommunalwahl 26. September 2004

An einem Wahltag wird Bilanz gezogen über die zurückliegende Legislaturperiode und gleichzeitig wird ein Wechsel ausgestellt, der im Laufe der nächsten Amtszeit einzulösen ist. Diese Entscheidung sollte man nicht von einer Momentaufnahme abhängig machen. Auch wenn die Medien versuchen die Wählerentscheidung auf wenige Punkte zu reduzieren. Eine Stimmabgabe ist auch ein Vertrauensvorschuss für eine bestimmte Person, die sich zur Wahl stellt. Das gilt im Besonderen und verstärkt bei der Kommunalwahl. Hier geht es um ihren direkten Bereich, ihr Umfeld und um ihre Stadt.

Deshalb: Am 26. September wählen gehen.

Link für Jungwählerinnen: www.zum-ersten-mal.de

7. EU-Kommission zukünftig mit 8 Kommissarinnen

Der designierte Präsident der EU-Kommission José Manuel Barroso hat in Brüssel die Ressortverteilung für die künftige Kommission bekannt gegeben, die am 1. November 2004 ihre Arbeit aufnehmen wird. Acht von 24 Ressorts werden von Frauen geleitet.

Eine von vier Vizepräsident/innen und Stellvertreterin Barrosos wird die Schwedin Margot Wallström. Die bisherige Umweltkommissarin soll künftig für institutionelle Beziehungen und Kommunikation zuständig sein. Der designierte Kommissionspräsident und sein Team sollen ihre Arbeit offiziell zum 01. November 2004 aufnehmen. Zuvor muss die gesamte Kommission jedoch

vom Europäischen Parlament bestätigt werden, die Ablehnung einzelner Kommissarinnen oder Kommissare ist dabei nicht möglich

Die konkrete Ressortverteilung soll wie folgt aussehen:

<http://www.eu-kommission.de/html/presse/pressemeldung.asp?meldung=5220>

Bilder aller designierten Kommissarinnen und Kommissare

http://europa.eu.int/comm/mediatheque/photo/barroso/commission_en.htm

8. Bundesministerin Renate Schmidt: Umsetzung des Urteils zu Pflegebeiträgen nicht gefährden

Renate Schmidt, erteilt den Plänen einzelner Sozialministerien eine Absage, die Pflegeversicherung noch in diesem Jahr grundlegend umzugestalten. Die zügige Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils dürfe nicht in Frage gestellt werden: "Wir werden in diesem Jahr das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Beitragsgerechtigkeit zwischen Kinderhabenden und Kinderlosen umsetzen. Dies duldet keinen Verzug. Für die Umsetzung sind die notwendigen Weichen gestellt: Kinderhabende werden künftig im Vergleich zu Kinderlosen weniger stark zu den Beiträgen zur Pflegeversicherung herangezogen. Die Koalitionspartner der Bundesregierung haben zugleich stets bekräftigt, dass die Pflegeversicherung weiterentwickelt werden muss. Die Herausforderungen bei der Pflegeversicherung liegen auf der Hand: Entbürokratisierung der Pflege, eine engere Verzahnung von ambulanter, teilstationärer und stationärer Pflege, der Vorrang von ambulanten Maßnahmen und bessere Leistungen für Demenzerkrankte. Es wäre aber verfehlt, bereits mit der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils bis Jahresende eine umfassende Reform der Pflegeversicherung verknüpfen zu wollen."

In diesem Zusammenhang verwies die Bundesministerin auch auf den Runden Tisch Pflege

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/aeltere-menschen,did=16378.html>

den sie zusammen mit ihrer Kollegin Ulla Schmidt vor einem Jahr initiiert hat. Er soll Empfehlungen erarbeiten, wie Hilfe und Pflege verbessert und entbürokratisiert werden können. Beteiligt sind daran unter anderem die Wohlfahrtsverbände, private Einrichtungsträger, Kostenträger, Betroffenenvertretungen, die Länder und Kommunen sowie die Berufsverbände, Arbeitgeber und Gewerkschaften.

9. Zum 10. Jahrestag: Bericht über Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking 1995

Die Frauenrechtskommission bei den Vereinten Nationen in New York befasst sich vom 28. Februar bis zum 11. März 2005 mit den jeweiligen nationalen Umsetzungen der Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz und des Abschlussdokuments der Sondergeneralversammlung, die anlässlich des fünften Jahrestages der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking stattfand. Im Vorfeld der Sitzung der Frauenrechtskommission legt die Bundesregierung den Vereinten Nationen ihre Bilanz über die nationale Umsetzung der Aktionsplattform vor. Die Bundesregierung hebt gegenüber den Vereinten Nationen u.a. hervor:

- Frauen und Mädchen in der Bundesrepublik haben einen hohen Bildungsstand: schulische und berufliche Qualifikationen von Frauen sind häufig besser als die gleichaltriger Männer.
- Gezielte Maßnahmen zu Balance von Familie und Arbeitswelt tragen Früchte z.B. durch die neue Elternzeit.
- Der Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen verzeichnet Zuwächse.
- Gegen Gewalt gegen Frauen hat die Bundesregierung ein umfassendes Gesamtkonzept für alle Ebenen der Gewaltbekämpfung entwickelt, das von der Prävention über gesetzliche Maßnahmen bis hin zu besseren Hilfsangeboten reicht.
- In der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung haben die Förderung der Gleichstellung und die spezielle Beachtung von Frauen eine herausragende Rolle.

Die Bundesregierung weist neben den Fortschritten, die in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern gemacht wurden, auf verbleibende Herausforderungen hin. So soll das Thema Entgeltgleichheit in dem für das Jahr 2005 geplanten Bericht über die Lage der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland hervorgehoben werden. Die Bundesregierung wird die Reformen am Arbeitsmarkt unter dem Aspekt Gender Mainstreaming evaluieren. Zur Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft wird die Bundesregierung 2005 eine weitere Bilanz vorlegen und verbesserte Mo-

nitoring- und Evaluationsinstrumente entwickeln.

Schwerpunkte bleiben Gender Mainstreaming, weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, die bessere Balance von Familie und Arbeitswelt und die Schaffung von mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Der Bericht der Bundesregierung ist auch Grundlage für den Bericht des Generalsekretärs an die Frauenrechtskommission. Die vorläufige Agenda und weitere Informationen zur 49. Sitzung der Frauenrechtskommission finden sich hier <http://www.un.org/womenwatch/daw/csw/49sess>.

10. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien des Sports überfällig

Mit 43 Prozent der aktiven Athletinnen und Athleten waren noch nie so viele deutsche Sportlerinnen bei olympischen Spielen vertreten wie in Athen 2004. Mit 6 Goldmedaillen, 8 Silbermedaillen und 8 Bronzemedaillen haben sie in der Leistungsbilanz mit ihren männlichen Kollegen gleichgezogen, die 6 mal Gold, 8 mal Silber und 10 mal Bronze gewannen. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, würdigte die Leistung der deutschen Olympia-Teilnehmerinnen. Zugleich forderte sie eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Entscheidungsgremien des Sports.

"Ich gratuliere den deutschen Olympiateilnehmerinnen zu ihrem überragenden Erfolg in Athen. Wir sind stolz auf unsere Olympionikinnen. Mit ihren fairen Wettkämpfen haben die deutschen Frauen Maßstäbe gesetzt," so die Bundesministerin "Frauen sind Spitze, und deshalb gehören sie in allen Bereichen des Sports in die Spitze. Ich erwarte, dass Frauen künftig nicht nur im Breitensport, sondern auch in den Spitzenverbänden des Deutschen Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees gleichberechtigt vertreten sind. Wir brauchen sie als Vorbild und Beispiel für die sportlichen und ehrenamtlichen Leistungen anderer Frauen."

Das Bundesministerium fördert seit 2001 das Projekt "Frauen an die Spitze - Aktionsbündnis zur Steigerung des Frauenanteils in den Führungspositionen des Sports"

<http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Politikbereiche/gleichstellung,did=19862.html>.

In dem Projekt werden die Ursachen für den geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen von Sportverbänden erforscht und Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils entwickelt. Mit "Frauen an die Spitze" kooperieren derzeit 21 Mitgliedsorganisationen des Deutschen Sportbundes (DSB), die z.B. über Mentoring-Programme die Durchsetzung von Frauen erhöhen. Derzeit findet sich in fast der Hälfte (25 Spitzenverbänden) aller 55 Spitzenverbände des Deutschen Sportbundes keine einzige Frau im Präsidium; lediglich ein Landessportbund und vier Spitzenverbände werden von Präsidentinnen geleitet.

Die Ergebnisse des Projektes "Frauen an die Spitze", das ähnlich in vielen europäischen Ländern, aber auch außerhalb Europas durchgeführt wird, werden vom 9. bis 12. Dezember 2004 im Rahmen der Internationalen Fachkonferenz "Sport, Women and Leadership" in Berlin diskutiert. Weitere Informationen finden Sie unter www.frauenandiespitze.de

11. Hinweise

Hinweisen möchten wir auf die verschiedenen newsletter der SPD-Fraktion:

| | |
|------------|---|
| Newsletter | der Ratsfraktion zu allen aktuellen kommunalpolitischen Themen; |
| Newsletter | „kinder, jugend, familie“; |
| Newsletter | „planung / verkehr“; |
| Newsletter | „umwelt“; |
| Newsletter | „soziales“ |
| Newsletter | „Kultur“ |
| Newsletter | „schule“ |

Sie können die newsletter bestellen unter

spd.ratsfraktion@bonn.de oder www.spd-bonn-im-rat.de